

ORH-Bericht 2004 TNr. 34

**Erstattung von Fahrgeldausfällen für die unentgeltliche Beförderung
schwerbehinderter Menschen im Nahverkehr**

Jahresbericht des ORH

Aufgrund der Rechnungsprüfung haben die für den Vollzug zuständigen Regierungen zu viel erstattete Fahrgeldausfälle von 3 Mio € zurückgefordert. Das Staatsministerium hat inzwischen die Vollzugshinweise konkretisiert. Dadurch können künftig jährlich 900 000 € Erstattungsleistungen an Verkehrsunternehmen eingespart werden.

Beschluss des Landtags
vom 11. Mai 2005
(Drs. 15/3393 Nr. 4)

Der Landtag missbilligt gemäß Art. 114 Abs. 5 der BayHO die Arbeitsweise der Regierung von Oberbayern bei der Rückforderung von zu viel erstatteten Fahrgeldausfällen.